



Favorit in der Nations League
Franco Varella, der Nationaltrainer von San Marino, stuft Gibraltar schwächer als Liechtenstein ein. 17

Vom Trend zur Normalität
Am Digital Summit beschäftigte die Frage, was Corona verändert. Homeoffice wird zur Normalität. 5

FIRMENSÜCHE.LI
Grösste digitale Wirtschaftsdatenbank
Firmen | Personen | FL | Schweiz

St. Gallen startet Biodiversitätsprojekt

Im Kanton St. Gallen sollen in den nächsten Jahren knapp 900 Biotope saniert werden. Der neue Regierungsrat Beat Tinner (FDP) kündigte zudem eine neue Tourismusfinanzierung sowie Lockerungen bei den Ladenöffnungszeiten an. Im Kanton gibt es 894 Biotope von nationaler und regionaler Bedeutung. Dazu zählen etwa Amphibienlaichgebiete, Trockenwiesen, Auen sowie Hoch- und Flachmoore. Sie alle sollen nun in einen ökologisch einwandfreien Zustand gebracht werden. Wegen des hohen Sanierungsbedarfs gehen Berechnungen von einmaligen Kosten von 40 bis 50 Millionen Franken aus. Die Aufwendungen soll zu einem bedeutenden Teil durch Fördergelder des Bundes gedeckt werden.

Ausserdem soll die aktuelle Ladenschlussgesetzgebung im Kanton St. Gallen überprüft werden. Das Volkswirtschaftsdepartement wolle auf «verschiedene Begehren im Zusammenhang mit Sonntagsverkäufen» reagieren, heisst es dazu. (sda)

Sapperlot

Die Tage werden kürzer, die Nacht bricht wieder früher über das Land herein. Damit wird es auch schon am frühen Abend wieder schwieriger, Fussgänger beim Überqueren der Strasse frühzeitig zu erkennen. Kommen dann auch noch schlechte Witterungsverhältnisse hinzu, ist oberste Vorsicht geboten. Zu schlecht sind gewisse Fussgängerstreifen platziert, um als Autofahrer die Übersicht zu behalten und rechtzeitig reagieren zu können. Deshalb werden bereits in vielen Ländern LED-Lichter in den Boden eingearbeitet, die leuchten, sobald sich eine Person dem Zebrastreifen nähert. Wädenswil war vor zwei Jahren die erste Stadt der Schweiz, die einen Fussgängerstreifen mit den LED-Lichtern bestückte. Seither ist es dort zu keinem Unfall mehr gekommen. Das System hat sich bewährt und die Kosten für die Beleuchtung halten sich durchaus in Grenzen: 2700 Franken inklusive Montage wären ein Klacks für uns. Julia Kaufmann



Die Polizei nimmt das vor dem Landtagsgebäude deponierte Paket genau unter die Lupe.

Bild: Tatjana Schnalzer

Bombendrohung: Motiv noch unbekannt

Die Ermittlungen zur gestrigen Bombendrohung in Vaduz sind noch im Gange.

Desirée Vogt

Kurz nach 14 Uhr ertönten die ersten Polizeisirenen in Vaduz. Und nachdem sich der Verkehr in alle Richtungen staute, weil das Regierungsviertel und die Herrengasse abgesperrt wurden, war klar: Hier handelt es sich um keinen normalen Polizeieinsatz. Ein Mann hatte bei der LGT sowie beim Eingang des Landtagsgebäudes ein Paket mit dem Hinweis deponiert, dass dieses in 10 Minuten «hochgehen» werde. Regierungs- und Bankmitarbeiter wurden sofort evakuiert und die Pakete überprüft. Glücklicherweise ging von diesen keine Gefahr aus. Auch konnte der Mann, ein französischer Staatsbürger, der bereits am vergangenen Freitag Flaschen gegen das Landtagsgebäude geschmissen hatte, kurze Zeit später beim Rheinpark Sta-

dion in Vaduz von einer Polizeipatrouille angehalten und festgenommen werden. Die sofort eingeleitete Öffentlichkeitsfahndung führte also zum Erfolg.

Mann wurde als «verwirrt» wahrgenommen

Mehr Details verrät die Landespolizei zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Die Tatortarbeit sowie die Ermittlungen seien im Gange, teilt die Medienstelle mit. Erste Abklärungen hätten allerdings ergeben, dass in Frankreich keine polizeilichen Erkenntnisse zum Verdächtigen vorliegen. So bleibt vorerst offen, weshalb sich der Mann in Liechtenstein aufgehalten hat oder ob er allenfalls einen Groll gegen Liechtenstein hegt. Unklar ist auch, warum er sich ausgerechnet das Landtagsgebäude und eine Bank als Ziel seiner Drohung ausgesucht hat. Zeugen des Vorfalls

vom vergangenen Freitag berichten aber, der Mann hätte «verwirrt» gewirkt.

«Unspektakulär und professionell abgelaufen»

Für die Regierungsmitglieder und -mitarbeiter wie auch für die Bankmitarbeiter, bestand, wie bereits erwähnt, zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr. «Es ist alles unspektakulär und sehr professionell abgelaufen», erzählt Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini. «Wir wurden von der Polizei aufgefordert, das Regierungsgebäude zu verlassen und wurden auf die südliche Seite ausserhalb des Gebäudes gebracht. Teilweise mussten wir laufende Sitzungen abbrechen. Die Polizei hat daraufhin den verdächtigen Gegenstand untersucht und nach einiger Zeit Entwarnung gegeben.» 2

Coronavirus: Ein neuer laborbestätigter Fall

Das Fürstentum Liechtenstein verzeichnete bisher insgesamt 108 laborbestätigte Fälle. Damit gemeint sind Personen, die in Liechtenstein wohnhaft sind. Innerhalb des letzten Tages wurde ein zusätzlicher Fall gemeldet. Wo sich diese Person infiziert hat, ist derzeit noch nicht bekannt. Bisher trat ein Todesfall im Zusammenhang mit einer laborbestätigten Covid-19-Erkrankung auf. 105 erkrankte Personen sind in der Zwischenzeit wieder genesen. (ikr)

Jugendliche werden im Frauentrakt platziert

In Liechtenstein gibt es derzeit keinen Jugendstrafvollzug. Jugendliche werden laut Sibylle Marxer, Mediensprecherin der Landespolizei, im oft nicht belegten Frauentrakt des Landesgefängnisses untergebracht. Gerade dieser Umstand thematisierte der Verein für Menschenrechte in seinem Jahresbericht 2019: «Die Inhaftierung von Jugendlichen stellt das Landesgefängnis vor neue Herausforderungen.» Angesprochen werden damit vor allem die besonderen Bedürfnisse und Rechte von Jugendlichen. Jedoch ist es auch so, dass äusserst selten Jugendliche in Vaduz inhaftiert würden. (red) 3

St. Gallen möchte Flüchtlinge aufnehmen

In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch ist im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos ein Feuer ausgebrochen. Container und Zelte von Migranten, die dort auf ein Asylverfahren warten, wurden dabei zerstört. Die Ursache des Brandes ist noch nicht bekannt. Die Schweizer Flüchtlingshelferin Raquel Herzog, die ein Hilfswerk für Frauen auf der Insel betreibt, sagt: «Es ist komplett zweitrangig, warum das Feuer ausbrach. Es droht eine Katastrophe.» Der Brand habe rund 8000 Flüchtlinge obdachlos gemacht.

Angesichts der humanitären Katastrophe bekräftigen Schweizer Städte nun ihre Bereitschaft, Flüchtlinge direkt aufzunehmen. Bereits im Juni gelangten die Städte St. Gallen, Winterthur, Zürich, Luzern, Lausanne, Genf, Basel und Bern mit einer Petition an den Bundesrat. Die Stadt St. Gallen bekräftigte gestern auf Twitter, nach wie vor hinter dem Aufruf zu stehen. Bern geht sogar noch einen Schritt weiter und bekundet den Willen, zwanzig Flüchtlinge aus dem abgebrannten Camp aufzunehmen. Ein Sprecher des Bundes sieht aber für eine direkte Aufnahme von Migranten aus einem EU-Land durch Städte «keine rechtliche Grundlage». (red) 9



IMMOLEAGUE®

immoleague.ch

